

FASSUNGSLOSIGKEIT: SIEBEN MILLIONEN EURO VERZOCKT

Kommunale Töchter waren das Zauberinstrument der 90er Jahre, endlich sollten auch Behörden wirtschaftlich arbeiten. „Auch wenn da nur das Namensschild von der Rathaustür abmontiert und ins neue Büro verfrachtet wurde“, sagte am Donnerstag ein sichtlich fassungsloser Landrat Herbert Mirbeth. Kleinmütig mussten der anwesende Verbandsrat Bürgermeister Helmut Stiegler und der Vorsitzende des Abwasserzweckverbands Plattertal, Hubert Achhammer, den Ausführungen der Regierungsrätin Martina Westermaier folgen.

Der ausführliche Bericht der Rechnungsprüferin über das Finanzgebahren des Zweckverbands, der sich eigentlich

um die Abwasser von 14.000 Landkreis-Bürgern kümmern sollte, erinnerte an die unfassbaren Vorgänge um den Kauf der Hypo Alpe Adria durch die BayernLB und die fehlende Aufsicht durch die Verwaltungsräte, die eigentlich für die Kontrolle zuständig waren. Durch Fonds, „Swap“ und „Caps“ bewegte der ehemalige Verbandsvorsitzende Joachim St., gegen den nun die Staatsanwaltschaft ermittelt, insgesamt 83 Millionen Euro. Immer wieder hatte er beteuert, dass seine Geschäfte sauber seien. Mit Rückendeckung ...

Auf sieben Millionen Euro Verlusten werden die Steuerzahler in den Gemeinden Obertraubling, Thalmassing, Mintraching, Alteglofsheim und Köfering sitzen bleiben. „Wir wollen das nicht auf die Gebühren umlegen“, sagte der Alteglofsheimer Bürgermeister Helmut Stiegler. „Wir werden das über die Gewährträgerhaftung machen.“ Das heißt konkret: Irgendwann werden die Verluste des Zweckverbands in den Haushalten aufschlagen.



Sichtlich berührt: Verbandsrat Helmut Stiegler, li., Verbandschef Hubert Achhammer, Aufklärer Westermaier, Mirbeth.

Denn wie konnte das geschehen? „Die Beschlüsse des Verwaltungsrates lassen sich an zwei Händen abzählen“, sagte Westermaier vor den Medien. Angeblich habe der damalige Verbandschef St. sogar ohne ein Mandat gehandelt. Doch bei den Deals verdienten ein paar Leute die große Mark: Der Steuerberater bekam in den vergangenen Jahren – legal – 360.000 Euro, fast 800.000 Euro flossen an Berater-Honoraren. Das Geschäftsgebahren gipfelte darin, dass ein externer Berater einen privaten Kredit über mehr als 100.000 Euro erhielt, der später nicht mehr eingetrieben werden konnte – der Mann war längst pleite. Von all dem will niemand der heute politischen Verantwortlichen etwas mitbekommen haben.

Dabei saß die Politik in den Gremien des komplizierten Firmengeflechts,

das sich der Verband selbst verordnet hatte. Mit Tochterfirmen, Beratergremien und komplizierten Fonds-Anlagen agierte der Zweckverband, und der frühere Vorsitzende, die Politiker, alles einfache Bürgermeister und Gemeinderäte, freuten sich zunächst über dicke Einnahmen aus den komplizierten Geschäften. Wirtschaftsprüfer bescheinigten das Finanzgebahren als einwandfrei. Bis der Schuldenberg bekannt wurde, deckte man auch den dubiosen Verbandsvorsitzenden. Zahlen rückte man nur zögerlich heraus. Jetzt soll nicht nur der Steuerzahler und der Staatsanwaltschaft den Scherbenhaufen aufkehren. „Ja, wir prüfen zivilrechtliche Schritte“, sagte Bürgermeister Stiegler unserer Zeitung. Ob bei Joachim St. etwas zu holen ist, ist fraglich. Zudem: Ein Prozess würde die Verantwortlichkeiten klären. Die Frage, was die Verbandsräte wussten, wäre sicherlich ein Thema vor Gericht ... (ce)